

1. Einleitung

Wer um eine Sache kämpft, kann verlieren. Wer nicht um sie kämpft, hat schon verloren. Das mag, mit Anlehnung an Bertolt Brecht, ein Gemeinplatz sein, aber je mehr auf dem Spiel steht, desto wichtiger ist es, diesen Satz zu beherzigen. Im hier interessierenden Fall haben wir es mit einem gleichermaßen erkämpften wie umkämpften Gegenstand zu tun, der zweifellos zu jenen Errungenschaften gehört, die westliche Staaten auf die Habenseite ihrer historischen Bilanz schreiben dürfen: die parlamentarische Demokratie. Um sie wird verschärft gestritten und gerungen, seitdem sie von einflussreichen Kreisen offen aufs Spiel gesetzt wird. So wird die Frage, ob sie in Europa noch eine Zukunft habe, von einer wachsenden Zahl von Angehörigen der publizistischen und wissenschaftlichen Deutungseliten mit Nein beantwortet.

»Man kann sich Demokratie nicht mehr leisten«, gaben Dirk Pilz und Friederike Schröter vor wenigen Jahren in der *Berliner Zeitung* (05./06.11.2011) eine Auffassung wieder, die unter den Eliten auf wachsenden Zuspruch stößt.¹ Nur so jedenfalls lässt sich die nicht nachlassende Zahl von Publikationen deuten, denen die Demokratie

1 Zuvor hatte der Journalist Arno Widman in einem Zeitungsessay mit dem Titel »Wenn die unten nicht mehr können« (Frankfurter Rundschau, 20. August 2011) noch allgemein von einem gerade stattfindenden Systemwechsel geschrieben, der »neue Balancen von Volksbeteiligung, von Wirtschaftsmacht und Herrschaft« hervorbringen werde.

als Ausgeburt einer in diesen Kreisen verhassten Gleichheitsideologie vorkommt. Dagegen gerichtete Wahlrechtsreformen sollen helfen, denjenigen mehr Einfluss auf die Geschicke des Staates zu verschaffen, die auch über den Löwenanteil des Eigentums verfügen. Ob es sich nun um die Einführung des Mehrheits- oder des Pluralwahlrechts oder die Schaffung von neuen Gremien und Räten handelt, die an die Seite der parlamentarischen Institutionen treten sollen: Immer geht es darum, den Einfluss der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten zurückzudrängen.

Demselben Ziel dienen die von bürgerlichen Autoren wie Hans Herbert von Arnim oder Hans-Olaf Henkel vorgetragene Parteienkritik sowie der Vorschlag, die Besetzung von politischen Spitzenämtern durch die Direktwahl der Kandidaten vorzunehmen. Hierdurch sollen vor allem jene Parteien geschwächt werden, die sich die Durchsetzung sozialer Interessen auf die Fahnen geschrieben haben.²

Zur gleichen Zeit wird in der Auseinandersetzung um die Zukunft der Europäischen Union von zwei Seiten an der parlamentarischen Demokratie gerüttelt. Die Befürworter einer politischen Zentralisierung der EU streben ein die Nationalstaaten überwindendes neoliberales Gebilde an, das nach innen wie ein Imperium hierarchisch gegliedert ist und nach außen militärisch schlagkräftig mit den anderen Weltmächten auf Augenhöhe konkurrieren können soll. Die bürgerlichen Euroskeptiker wiederum, die mit der Alternative für Deutschland eine eigene Partei aufgebaut haben, streben ein nationalliberales Regime an, das sich ebenfalls gegen die sozialen Interessen der unteren Klassen richtet.

Genährt wird die gegenwärtige Debatte um die Zukunft der EU hauptsächlich von den gegensätzlichen Interessen zweier Kapitalfraktionen. Auf der einen Seite steht das global expandierende Monopolkapital, auf der anderen Seite das nichtmonopolistische Kapital,

2 In dem Buch »Demokratie als Mogelpackung – Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus« (Köln 2011) habe ich dieses Machtkalkül näher beleuchtet. Dabei stellte sich heraus, dass bürgerlich-elitäre und extrem rechte Ideologen in der Frage, wie der angestrebte radikale Systemwechsel in der Politik erreicht werden kann, nah aneinandergerückt sind.

das sich vorwiegend im Verband »Die Familienunternehmer« organisiert.³ Eine Bewegung zur Verteidigung und zum Ausbau demokratischer Rechte müsste sich gegen beide Positionen profilieren – bei Beachtung der dabei lauernenden Fallstricke. Ihr Ziel wäre eine Verschiebung der Klassenmachtverhältnisse zugunsten der großen Mehrheit der Lohnabhängigen.

Kampflose Preisgabe

Auch von Seiten der Politikwissenschaft wird in jüngster Zeit der Gedanke genährt, die parlamentarische Demokratie könnte sich in der bisher bekannten Form überlebt haben. Das mag insofern überraschen, als sich die Politologen in der Bundesrepublik nach dem Sieg über den Faschismus ausdrücklich als Vertreter einer Demokratiewissenschaft verstanden. Herfried Münkler jedoch, einer der einflussreichsten Vertreter seiner Zunft, gehört zu jenen, die sich von diesem Anspruch meilenweit entfernt haben. Sein im *Spiegel* veröffentlichter Essay »Die rasenden Politiker« (16.07.2012) kommt einer normativen Bankrotterklärung gleich. Dabei scheinen Grundzüge seiner Gegenwartsanalyse auf den ersten Blick durchaus zutreffend zu sein. So sei eine Reihe von Bedingungen nicht mehr hinreichend erfüllt, die er für den Prozess »öffentlicher Beratung und abschließender Entscheidung«, einem charakteristischen Merkmal parlamentarischer Demokratie, für unverzichtbar hält. Aufgrund der Beschleunigungseffekte

3 Heine, Frederic/Sablowski, Thomas: Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände. Studien. Rosa Luxemburg Stiftung, S.31. Die Autoren sehen allerdings kein Eins-zu-eins-Verhältnis der Repräsentation zwischen den Kapitalfraktionen. »Teile des nichtmonopolistischen Kapitals werden auch von Verbänden wie dem BDI oder dem DIHK vertreten (auch wenn sie dort untergeordnet sind). Umgekehrt finden sich im Verband »Die Familienunternehmer« auch einzelne Unternehmen, die der Fraktion des Monopolkapitals zuzuordnen sind.« (ebd., S.31f.) – »Die Familienunternehmer – ASU e.V.« ging 2007 aus der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) hervor.

der modernen globalisierten Ökonomie gelinge es den Parlamenten erstens nicht mehr, »die Entscheidungsprozesse ihrer eigenen Rhythmik gemäß zu gestalten«. Da Börsen, Banken und Rating-Agenturen heute das Tempo der Entscheidungen bestimmen, würden die Parlamentarier von der Regierung immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt und zum bloßen Abnicken ihrer Beschlüsse degradiert. Zweitens würden kaum noch alternative Antworten auf die zu lösenden Probleme durch eine echte parlamentarische Opposition formuliert, die sich nicht nur als Regierung im Wartestand versteht. Drittens benötige die Bevölkerung ein gewisses Bildungsniveau, um zwischen den konkurrierenden Alternativen dann auswählen zu können. Ob er die Bürger für hinreichend informiert hält, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist aus Münklers weiteren Ausführungen nicht ersichtlich. Keinen Zweifel lässt er jedoch daran, dass er die ersten beiden Bedingungen aufgrund der Übermacht ökonomischer Zwänge künftig für nicht mehr erfüllbar hält. Zwar gibt er sich kritisch, wenn er feststellt, dass »kaum etwas die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratien mehr beschädigt« habe »als die ständige Verkündung der Alternativlosigkeit von Entscheidungen«. Statt nun aber die Akteure zu ermutigen, sich auf die Suche nach den dringend erforderlichen Alternativen zu machen, tut er das genaue Gegenteil, indem er erklärt, dass die eben noch von ihm kritisierte Behauptung einer vermeintlichen Alternativlosigkeit »sachlich richtig sein« mag.

Nun können politische Handlungen mehr oder weniger sachlich angemessen ausfallen, Entscheidungen sich im Nachhinein als mehr oder weniger richtig erweisen. »Alternativlos« sind sie in gar keinem Fall. Münklers politische Zeitdiagnose aber steht und fällt mit einer Grundannahme, die zutiefst unpolitisch und im Grunde beinahe religiös ist. Sie lautet: Gegen die gottgleiche Allmacht einer durch menschliches Handeln unantastbaren globalen Ökonomie ist kein politisches Kraut gewachsen. Im Banne scheinbarer Alternativlosigkeit hält er der kranken Tante eine Grabrede, ohne zuvor den Arzt auch nur konsultiert zu haben. All jene Menschen, die sich in ganz Europa für mehr Demokratie engagieren, würdigt er keines Blickes. Sein Verständnis von parlamentarischer Demokratie ist elitär

und technizistisch. Während man sich bei einem Kühlschrank jedoch leicht darüber verständigen kann, wann er funktioniert und wie er im Fall eines Ausfalls gegebenenfalls repariert werden muss, geht das bei politischen Begriffen so einfach nicht. Die Funktionsbeschreibung der parlamentarischen Demokratie steht nicht unverrückbar fest. Es handelt sich bei ihr um einen politischen Begriff, dessen Bedeutung umkämpft ist. Je nach Klassenstandpunkt und Interessenlage wird ihr Inhalt verschieden interpretiert. Für die von Münkler herangezogenen sogenannten Gründerväter der US-Verfassung ging es nicht allein um die Beseitigung verfahrenstechnische Fehler antiker Verfassungen, wie er suggeriert, sondern um den Schutz des großen Eigentums vor dem radikaldemokratischen Elan der im Revolutionskrieg siegreichen Massen. Das Repräsentationsprinzip sollte im Zusammenspiel mit dem gesamten politischen System als Filter wirken, um den unmittelbaren Einfluss der Bevölkerungsmehrheit auf die politischen Geschehnisse so weit einzudämmen, dass diese sich zwar einerseits beteiligt fühlen konnte, die Unterschiede zwischen Arm und Reich und die Vorrechte der durch ihr privates Eigentum privilegierten Schichten aber erhalten blieben.

Demokratisch im heutigen Verständnis wurden die Parlamente erst in dem Maße, in dem es Arbeiterbewegung, Radikaldemokraten, Abolitionisten, Frauenrechtlerinnen und verschiedenen Bürgerrechtsbewegungen gelang, das Wahlrecht von wenigen Privilegierten auf alle Staatsbürger zu erweitern und neben der Straße und den Betrieben auch die Parlamente als Foren zu nutzen, um für die Rechte der bis dahin Unterprivilegierten zu streiten. Seitdem gelten parlamentarische Demokratien auch im bürgerlichen Verständnis als Einrichtungen pluralistischer Gesellschaften, die in der Lage sind, die gegensätzlichen Interessen einer Gesellschaft zu repräsentieren und die aus ihrem Gegensatz resultierenden Konflikte in einer friedlichen Form auszutragen. Umso erstaunlicher ist es, wie wenig Engagement Münkler dieser Tage zeigt, wenn es darum geht, eine der wichtigsten politischen Errungenschaften der bürgerlichen Moderne zu verteidigen. Stattdessen lässt er sich von der vermeintlichen Übermacht der Märkte lähmen wie das sprichwörtliche Kaninchen von der Schlange.